

Vermischtes

## Patientenverein fordert Meldepflicht für Borreliose

Dienstag, 16. Januar 2018



/Smileus, stock.adobe.com

Berlin – Im Streit um eine neue Neufassung der S3-Leitlinie Neuroborreliose hat sich der Borreliose und FSME Bund Deutschland an den Gesundheitsausschuss des Bundesrats gerichtet. Er fordert unter anderem, dass sich die Gesundheitsminister der Länder auf eine generelle Meldepflicht für Borreliose verständigen.

Damit würde erreicht, dass mehr Aufmerksamkeit auf die Infektionskrankheit gelegt werde und das Feld „nicht ausschließlich den Neurologen überlassen bleibe, die auch die Federführenden jener Leitlinie seien“, schreibt die Vorsitzende des Verbandes, Ute Fischer, in einer E-Mail an den Gesundheitsausschuss, die dem *Deutschen Ärzteblatt* vorliegt.

### **Objektiverer Blick angemahnt**

Über die neue S3-Leitlinie liegen Patientenorganisation und Neurologen im Streit. Das Landgericht Berlin hatte die Leitlinie in einer einstweiligen Verfügung gestoppt. Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie kündigte an, Rechtsschritte dagegen prüfen zu wol-

len.

Fischer mahnte auch einen objektiven Blick über die Verbreitung der Lyme-Borreliose in Deutschland an. Allein die Abrechnungszahlen von Borreliose-Diagnosen bei AOK und Techniker Krankenkasse könnten dies ermöglichen, hieß es.

Den Angaben der Patientenorganisation zufolge belief sich die Zahl der Borrelioseerkrankungen bundesweit 2016 auf rund 145.000 abgerechnete Diagnosen. Dem Robert-Koch-Institut seien im gleichen Zeitraum jedoch lediglich rund 13.000 Fälle über die Meldepflicht in neun Bundesländern zugetragen worden, hieß es. Fischer betonte, sie erwarte vom Gesundheitsausschuss „Aufmerksamkeit für diesen Vorgang“.

© *may/aerzteblatt.de*